

Jetzt wieder Franz Rendi mit ausführlichen Informationen. Es ist 8 Uhr.

Guten Morgen, Freitag der 17. März, unsere Themen.

EsbÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner sieht die Abgrenzung zur FPÖ als wichtigsten Unterschied zu Hans-Peter Dosko.

Der Ziel sollte sie in der Mitgliederbefragung unterliegen, will sie aus der Politik ausscheiden.

In Niederösterreich haben sich ÖVP und FPÖ in der Nacht auf einen Koalitions пакт geeinigt.

In Wien hat der Stadtschutz gestern Entwarnung gegeben nach einem zweitem

Überwachungseinsatz wegen erhöhter Terrorgefahr.

Auch heute wieder kommt es zu Flugausfällen von und nach Deutschland, dort werden vier Flughäfen bestreift.

Die UNO kritisiert das Milliardengeschäft mit Wasser in Trinkflaschen und plädiert für eine weltweit bessere Trinkwasserversorgung.

Und zum Welttag des Schlafes, das unauffällige Umfrageergebnis, jede und jeder Dritte schläft demnach schlechter als noch vor drei Jahren.

Gut ausgeschlafen hingegen, Jörg Stiebauer hat die Wetterprognose.

Rechtsanlich und im Großen Österreich ist auch sehr mild, geht es heute und morgen weiter.

Im Osten bläst vorerst aber noch kalter Südostwind.

Von Sonntag auf Montag streift uns eine schwache Front, die Temperaturen gleichen sich dann in der Folge an.

Derzeit ist es fast überall heiter in Innsbruck-Volkig, in Wien hat es 4°, in Eisenstadt-Sankt-Pölten und Linz 2, Salzburg 4, Innsbruck und Bregenz 3, Graz 1 und Klagenfurt 0°.

In ganz Österreich scheint heute oft die Sonne. Es ziehen aber auch einige eher dünne hochliegende Wolkenfölle durch, derzeit vor allem in West-Österreich.

Speziell im östlichen Niederösterreich in Wien und im Nord- und Mittelburgenland weht kräftiger Südostwind, an der Alpen-Nordzeit ist es zum Teil leicht vönig.

Höchstwerte meist 9 bis 16° mit vön bis zu 21° und in 2000 m Höhe zum Mittag zwischen 3° in den Südalpen und 10° in den Nordalpen.

Der Wahlkampf Rot gegen Rot hat also begonnen gestern Abend in einem Fern-Duell von SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner und Burgenlands Landeshauptmann Hans-Peter Döscotzi.

Rendi-Wagner hebt in der ZIP2 die Abgrenzung zur FPÖ zum wichtigsten Unterschied.

Sollte sie in der Mitgliederbefragung unterlegen, will sie aus der Politik ausscheiden. Mehr von Julia Schmuck.

Mitarbeiter im Team Döscotzi, wenn dieser gewinnen sollte oder die Politik verlassen, auf diese Frage sagt Pamela Rendi-Wagner in der Zeit im Bild 2.

Ich würde wahrscheinlich, wenn sie mich so jetzt direkt fragen, eher die Politik verlassen.

Auch Döscotzi betont, dass er das Ergebnis der Mitgliederbefragung akzeptieren wird.

Das ist mir vollkommen bewusst, dass man noch bereit sein muss, Niederlagen einzustecken, wenn diese Urabstimmung nicht so ausgeht, wie ich es erwarte.

Bis zu einem Wahlkampf auf Bundesebene würde er jedenfalls Landeshauptmann in Burgenland bleiben, sagt er, sein Ziel.

Nummer 1 zu werden und natürlich auch in einer zukünftigen Regierung den Bundeskanzler zu stellen.

Der Hauptunterschied zu Döscotzi ist für Pamela Rendi-Wagner.

Ich schließe fix eine Koalition mit der FPÖ aus.

Inhaltlich betonen beide gestern, dass sie sich für einen Mindestlohn einsetzen werden. In Niederösterreich bei den Koalitionsverhandlungen spielt die FPÖ ja keine Rolle mehr. ÖVP und FPÖ haben sich dort recht schnell auf einen Koalitions пакт geeinigt verkündet, vergangenen Nacht, exakt um Mitternacht.

Die Koalitionsvereinbarung wird demnach heute vorgestellt, wie Stefan Schwarzwald Seiler berichtet.

Die Verhandlungen mit der ÖVP sind beendet, so FPÖ-Landeschef oder Landbauer.

Man habe sich auf ein ambitioniertes Arbeitsprogramm geeinigt, das Niederösterreich voranbringen soll,

ergänzt ÖVP-Landespartei-Opfrau Johanna Mikleitner.

Welche Punkte das konkret sind, will man am Nachmittag präsentieren.

Inhaltlich ist zuletzt wenig bekannt geworden, auch wie sich die Atmosphäre zwischen Mikleitner und Landbauer entwickelt hat.

Als weiterer Knackpunkt für ein Bündnis hat die Aufarbeitung der Corona-Pandemie gegolten. Mikleitner hat diese Woche zwar eingeräumt, dass die Impfpflicht aus jetziger Sicht ein Fehler gewesen sei,

eine Aussage, die Landbauer aber noch zu wenig war.

Ein Mittelweg zeichnet sich unterdessen bei der Wahl der Landeshauptfrau ab.

Landbauer hat zuletzt betont, dass die FPÖ-Mikleitner nicht wählen werde, eine inhaltliche Einigung vorausgesetzt, aber auch nicht verhindern werde.

Möglich ist das, indem die freiheitlichen ungültig wählen.

Weg von der Innenpolitik zur inneren Sicherheit nach einem zweitägigen Überwachungseinsatz in Wien wegen erhöhter Terrorgefahr

hat der Staatsschutz gestern Abend Entwarnung gegeben, wie Jürgen Pettinger berichtet.

Die ganze Zeit über war von einer Zitat abstrakten Bedrohungslage die Rede.

Weder war klar, wo und wann genau ein Anschlag geplant gewesen sein soll und von wem.

Nur dass es Hinweise gebe, dass es am 15. März, dem Jahrestag des Krieges in Syrien, religiöse Einrichtungen in Wien treffen könnte.

Markus Dietrich, Sprecher der Wiener Landespolizeidirektion dazu.

Die Hinweise, die seitens der Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst erhalten worden ist, ist dahingehend so konkret gewesen,

dass eben vom 15. Dritten die Rede war, aber nichtsdestotrotz hat man sich entschieden, weiter die Schutzmaßnahmen aufrecht zu erhalten.

Die Wiener Polizei selbst hatte den Überwachungseinsatz vorgestern Bier kurz Nachrichtendienst Twitter bekannt gemacht

und damit für einige Aufregung gesorgt. Zu Beginn war noch von Kirchen als mögliche Anschlagziele die Rede,

wenig später von Gotteshäusern verschiedener Konfessionen, gestern dann nur mehr von syrischen Einrichtungen.

Der Terrorismus-Experte Peter Neumann vom renommierten Kings College in London etwa hatte kritisiert,

dass solche Meldungen keinen Sinn machen würden, wenn sich keine Handlungsanleitungen für die Bevölkerung daraus ergeben würden.

Die Polizei wiederum hatte argumentiert, dass man die Menschen rechtzeitig über die präsent-

schwer bewaffnete Einsatzkräfte in Wien aufklären wollte.

Die Hinweise auf einen Terroranschlag am vergangenen Mittwoch haben sich als falsch herausgestellt.

Gestern Abend hat die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienstes schlussendlich Entwarnung gegeben. Der Einsatz wurde beendet.

Ins Ausland nach Frankreich, dort hat die Regierung von Präsident Macron gestern die umstrittene Pensionsreform ohne Abstimmung durchs Parlament geboxt.

Das hat in vielen Städten zu spontanen Protesten mit teils gewalttätigen Auseinandersetzungen geführt. Cornelia Primoz berichtet aus Paris.

Die Wut entlädt sich auf den Straßen von Paris. Bis in die Nacht hinein kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei.

Einige Müllberge, die sich in den vergangenen Tagen wegen des Streiks der Müllabfuhr angehäuft hatten, stehen in Brand.

Auch Autos werden angezündet, Schaufenster eingeschlagen.

Die meisten aber sind gekommen, um friedlich ihre Unzufriedenheit über das verhaltene Regierung auszudrücken.

Das ist eine Politik der Feiglinge, dabei wurden sie vom Volk gewählt. Zeigt sich eine Lehrerin verständnislos. Die Entscheidung der Regierung, die Pensionsreform ohne Parlamentsabstimmung per Verordnung durchzuboxen, empört die Gegner des Vorhabens.

Die Gewerkschaften bezeichnen sie als Verweigerung der Demokratie.

Anstatt die Reform zurückzuziehen, setzen sie sie mit Gewalt durch, sagt Catherine Perret von der Gewerkschaft CGT.

Daher rufe sie im Namen der Gewerkschaften zu weiteren Streiks- und Protestmärschen auf.

Die Regierung von Emmanuel Macron hat die Hartnäckigkeit des Widerstands unterschätzt, vor allem im Parlament.

Denn selbst erklärte Unterstützer der Pensionsreform waren kurz vor der geplanten Abstimmung abgesprungen.

In der meistgesehenen Nachrichtensendung des Landes auf DFA spart Premierministerin Elisabeth Born nicht mit Schuldzuweisungen.

Wir wollten die Abstimmung bis zur letzten Minute. Der Präsident der Republikan wollte diese Reform. Aber einige aus seiner Fraktion haben ihr eigenes Spiel gespielt.

Damit erklärt Elisabeth Born die Notwendigkeit der Verordnung. Ein Kraftakt, der von der Verfassung gedeckt ist, jedoch die Schwäche von Emmanuel Macrons Regierung aufzeigt.

Die Pensionsreform ist Macrons zentrales politisches Vorhaben und ersetzt dafür den Fortbestand seiner Regierung aufs Spiel.

Denn diese Verordnung führt zu mehreren Misstrauensanträgen. Der Präsident der konservativen Lehrebüchler gelobt für seine Fraktion, nicht gegen die Regierung stimmen zu wollen.

Wir wollen nicht noch mehr Chaos hineinbringen, weshalb wir uns wieder einem Misstrauensantrag anschließen, noch für einen Stimmen werden.

Doch das von Eryxiotie beschriebene Chaos hat die politische Bühne längst verlassen, wie die bisweilen gewalttätigen Ausschreitungen in vielen französischen Städten belegen.

Und wieder, nicht die Proteste in Frankreich sind gemeint und wieder fallen in Deutschland hunderte Flüge aus, vier Flughäfen werden bestreikt.

Betroffen sind auch einige Flüge von und nach Wien, wie Hannah Sommersacher berichtet.

Köln, Düsseldorf, Stuttgart und Karlsruhe Baden-Baden. Diese vier deutschen Flughäfen werden heute bestreikt, hunderte Flüge fallen aus.

Von den Flugausfällen sind insgesamt fast 90.000 Passagiere betroffen.

Auch für Flugreisende in Österreich hat der Bahnstreikfolgen von zwölf geplanten Flügen zwischen Wien und Köln werden sechs ausfallen, die zehn geplanten Verbindungen zwischen Wien und Stuttgart werden alle gestrichen

und von den 14 Flügen zwischen Wien und Düsseldorf werden nur zwei durchgeführt.

Die deutsche Gewerkschaft Verdi hat die Beschäftigten der Fluggastkontrolle, der Personal, Waren- und Frachtkontrolle und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes aufgerufen, die Arbeit niederzulegen.

Auslöser für den Streik sind der Tarifstreit im öffentlichen Dienst und die Verhandlungen über die Bezahlung der Sicherheitsdienste.

Schon zu Wochenbeginn haben die Beschäftigten an den Flughäfen in Hamburg, Hannover und am deutschen Hauptstadtflughafen Berlin-Brandenburg gestreikt.

Der heutige Warnstreik dauert 24 Stunden. Der deutsche Flughafenverband hält Dauer und Umfang für unverhältnismäßig.

Weiter in die USA, wo jetzt auch die größten Banken des Landes direkt eingreifen und einer ins Trudeln geratenen Regionalbank mit Milliarden unter die Arme greifen.

An der Wall Street ist diese Feuerwehraktion der Großbanken positiv aufgenommen worden.

Informationen von David Krieghede.

Betroffen ist die angeschlagene First Republic Bank. Sie erhält eine Finanzspritze in der Höhe von 30 Milliarden Dollar.

Das Geld kommt von 11 anderen Banken, darunter Branchenführer wie JP Morgan Chase, Bank of America, City Group Wells Fargo, Goldman Sachs und Morgan Stanley.

Die Hilfsaktion wurde von US-Aufsichtsbehörden koordiniert, um die Lage zu beruhigen und das Vertrauen in das US-Finanzsystem zu unterstreichen, heißt es.

Die First Republic Bank zählt zu einer Reihe regionaler US-Geldhäuser, die nach dem Kollaps der Silicon Valley Bank vergangenen Woche an der Börse unter Druck geraten sind.

In Europa musste zuletzt die in Schieflage geratene Schweizer Großbank Credit Suisse von einem Notkredit der Schweizer Nationalbank gerettet werden.

Doch einmal USA, wieder geht es um Milliarden, um das Milliardengeschäft mit Hund und Katz und anderen Haustieren. Mehr als 130 Milliarden Dollar werden da jährlich umgesetzt.

Wieso und weshalb? Das erklärt ein Experte so.

Wir glauben, dass das Verhalten von zwei Generationen Ausschlag geben ist. Millennials, also die Jahrgänge von Mitte der 90er Jahre bis Anfang der 2000er Jahre,

heiraten später, sie bekommen weniger Kinder oder erst später im Leben und Haustiere sind für viele der Ersatz fürs Kind. Daher geben sie viel für ihre Tiere aus.

Und auf der anderen Seite gibt es die Baby Boomer, die heute 55 bis 65 jährigen. Für sie sind Tiere jetzt Familienmitglieder und sie geben richtig viel Geld aus.

Die Dynamiken dieser Generationen haben viel verändert für das Geschäft mit der Veterinärmedizin. Mehr dazu hören Sie von Thomas Langpaul in unserem Wirtschaftsmagazin Saldo ab 9.42 Uhr für eins oder wir Saldo-Podcast.

In der Debatte um den schnellen Ausstieg aus Erdgas plädieren österreichische Industriebetriebe für mehr Realität Sinn. Trotz aller Bemühungen, die Klimaziele zu erreichen, werde man vom Erdgas

auf die kommenden 20 Jahre hingesehen.

Nicht loskommen, Maria Kern berichtet.

Gernot Meyer, Chef der Ahrmark in Rannshofen sagt, sein Unternehmen benötige Erdgas, insbesondere zum Einschmelzen von Alu Schropp.

Für diesen Zweck werden wir noch sehr, sehr lange Erdgas einzumüssen und wir gehen schon davon aus, dass das noch an die 20 Jahre sein wird.

Georg Feidt, Chef von Stölzle Glas in Köflach, sagt dazu.

Die Einschätzung von Kollegen Meyer mit 20 Jahren ist hier sehr realistisch auch für die Glasindustrie.

Ähnliche Stimmen hört man auch aus der Papierindustrie. Zur Frage, warum der Ausstieg aus Gas so lange dauere, heißt es, es fehlen teils noch an den Technologien. Weiters sei Gas noch günstiger als Strom und außerdem sei ein Umstieg ökologisch nur sinnvoll, wenn es ausreichend Strom aus erneuerbaren Quellen gebe.

Die Industrievertreter sagen aber auch, es gebe Bestrebungen den Gasbedarf jedenfalls schon früher zu reduzieren.

Und noch einmal sprechen wir einen Milliardenengeschäft an. Der Handel mit Wasser in Plastikflaschen boomt, die Bemühungen, alle Menschen weltweit mit sauberem Trinkwasser zu versorgen kommen hingegen kaum vom Fleck.

Das und viele weitere Probleme rund um die Wasserflaschenindustrie kritisieren Experten in einem aktuellen Bericht der Vereinten Nationen, Raphael Krabscher, berichtet.

Pro Minute werden weltweit über eine Million Wasserflaschen verkauft. Gleichzeitig gibt es aber immer noch rund 2 Milliarden Menschen auf der Welt, die keinen gesicherten Zugang zu sauberem Trinkwasser haben.

Um das zu ändern, braucht es Investitionen. Laut der Biochemikerin Seine Boulel würden Verbesserungen in der globalen Trinkwasserversorgung jedes Jahr sogar nur halb so viel kosten wie der Verkauf der Wasserflaschen einbringt.

Das wachsende Geschäft mit dem abgefüllten Trinkwasser unter Grabe die globalen Bemühungen für eine gesicherte Trinkwasserversorgung meint Boulel, die das auch in einem aktuellen Bericht der Vereinten Nationen kritisiert.

Demzufolge beansprucht der Wirtschaftssektor viel Aufmerksamkeit und Ressourcen, die sonst einer nachhaltigeren Wasserversorgung zukommen könnten.

Außerdem werbe die Wasserflaschenindustrie oft mit besonders sauberem Trinkwasser so die UNO und das auch in Ländern, in denen Leitungswasser grundsätzlich genießbar ist.

Das verursacht Skepsis in der Bevölkerung, die zwar Wasserflaschenverkäufe in die Höhe treibt, gleichzeitig aber auch dem Ruf des Leitungswassers schadet.

Das abgefüllte und teurere Wasser aus der Plastikflasche sei aber nicht unbedingt sauberer als das Wasser aus der Leitung.

Im Rahmen der Untersuchung hat das Team Schwermetalle, Pestizide, Pilze, Bakterien und Mikroplastik in manchen Flaschen gefunden.

Zwischen verschiedenen Herstellern variiert die Wasserqualität demnach stark.

Die verkauften Wasserflaschen verursachen außerdem auch große Mengen an Plastikmüll, die oft nicht recycelt werden und auf Mülldeponien am Straßenrand oder im Meer landen.

Im Jahr 2021 waren es rund 25 Millionen Tonnen.

Mit dem Bericht möchte Boulel auf die Probleme der Wasserflaschenindustrie hinweisen und

Bemühungen zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen vorantreiben. Es gibt bereits ein paar vielversprechende Initiativen, die sich mit der Verbesserung der globalen Trinkwasserversorgung auseinandersetzen.

Bulel hofft, dass die Wasserflaschenindustrie die Bemühungen künftig aktiv und finanziell unterstützt.

Sind eh schon alle munter, mehr oder weniger nehme ich an, aber wir haben sie geschlafen. Welttag des Schlafes ist heute und eine Umfrage dazu kommt zu einem eher unerfreulichen Ergebnis.

Demnach schläft jede und jeder dritte schlechter als noch vor drei Jahren in der Walle berichtet. Jeder fünfte Befragte fühlt sich in der Früh komplett geredet und energielos, vor allem junge Menschen haben immer öfter Probleme beim Einschlafen, sagt Schlafcoaching Melanie Pesendorfer. Gründe sind Sorgen und Ängste um die Zukunft, aber auch...

Die Digitalisierung, die Zeit am Handy, das Ganze beansprucht unser Nervensystem sehr stark. Vor dem Schlafengehen ist Entspannung wichtig, die Schlafcoaching rät, das Handy eineinhalb Stunden vorher wegzulegen.

Zeit für sich, wieder zu haben, ohne in Social-Media-Apps gefangen zu sein und ständig in einem gewissen Aktivitätsmodus zu bleiben.

Auch tagsüber Bewegung im Freien zu machen, ist laut Pesendorfer wichtig für die Produktion des Schlafhormons Melatonin und damit für eine gute Schlafqualität.

Ochsenunterist Paul Krager hat den Nachrichtenüberblick.

Wie für Chef Gabriel Felbermaier äußert sich kritisch zum geplanten EU-weitenvollen Ausstieg aus rosischem Gas.

Felbermaier sagt, das schaffe neue Abhängigkeiten, wenn man sich nur auf amerikanisches Flüssiggas verlasse.

Es sei besser, nach dem Ende des Ukrainekriegs verschiedene Gasquellen zu haben.

Derzeit stammt knapp die Hälfte des Gases für Österreich aus Russland.

Österreich liefert wegen des Ukrainekriegs Straftäter nicht an die Ukraine aus.

Nach Angaben des Justizministeriums sind seit Beginn des Kriegs vor etwas mehr als einem Jahr drei Fälle betroffen.

Die Gerichte erklären, durch den Krieg könne Leib und Leben in den Gefängnissen der Ukraine gefehlt sein.

Der dürfen man nach der Menschenrechtskommission derzeit niemanden an die Ukraine ausliefern. Finnland könnte einem NATO-Beitritt näher rücken.

Beim heutigen Besuch von Präsident Saolinini Stö in Istanbul

dürfte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan einem NATO-Beitritt Finnlands zustimmen.

Finnland und Schweden haben vor knapp einem Jahr wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine beantragt, NATO-Mitglied zu werden.

Ungern und die Türkei blockieren das bisher.

Die Türkei wirft vor allem Schweden vor, es tuet zu wenig gegen die verbotene kurdische Arbeit der Partei PKK.

Ursprünglich hatten Finnland und Schweden geplant, gleichzeitig der NATO beizutreten.

In Großbritannien ist ein Ende der Streiks im staatlichen Gesundheitswesen trotz Einigung weiter nicht sicher.

Gestern hatten Gewerkschaften und Regierungen nach wochenlangen Streiks im Gesundheitsdienst

## [Transcript] Ö1 Journale / Morgenjournal um 8 (17.03.2023)

NHS höhere Löhne vereinbart,  
von zunächst zwei, später fünf Prozent.

Dem Kompromiss müssen aber die Beschäftigten zustimmen, nicht alle britischen Gewerkschaften empfehlen das.

Das journalistische Nordkorea hat nach eigener Angaben erneut eine sogenannte Monsterrakete getestet.

Das Regimention Youngt hat mit gestern seit die Interkontinentalrakete Hwassung 17 gestartet worden, sie ist seit tausend Kilometer weit geflogen.

Die Rakete kann das Festland der USA erreichen.

Nordkorea bezeichnet den Test als Reaktion auf die jüngsten gemeinsamen Militärmanöver Südkoreas und der USA die größten seit fünf Jahren.

Das Wetter? Oft zorn ich aber auch einige dünne Wolkenfelder.

An der Alpen Nordseite leicht fönig und warm, im Osten kräftig, kalt der Südostwind.

Höchstwerte dementsprechend zwischen 9 und 21 Grad, 2000 Metern Höhe 3 bis 10 Grad.

Das waren die Morgenchanale.

An diesem 17. März wird das Journalteam mit Barbara Schieder und Günter Thomas und alle anderen Beteiligten verabschiedet sich Franz Renner.

Genießen Sie den Tag!